

Bürgerinitiative Haarbach  
p.A. Oberthambach 13  
94542 Haarbach

Oktober 2003

Offener Brief an  
Fritz Pflugbeil, Bürgermeister von Haarbach  
und  
Bernhard Brunner, Journalist bei der PNP Gries-  
bach

*Herr Bürgermeister*, bei der Info-Veranstaltung der BI Riedertsahm/Haarbach am 20. Juni kündigten Sie eine Info-Veranstaltung zum Thema Mobilfunk an. Stattdessen ließen Sie am 1. August eine Wurfsendung an alle Haarbacher Haushalte verteilen. Warum eine Kommunikation in Form einer Einbahnstrasse? Fürchten Sie etwa bei einer offenen Diskussion unbequeme Fragen? Hiermit fordern wir Sie auf, Ihr Amt als BÜRGERmeister wahrzunehmen und einen Dialog mit den Bürgern zu führen. Wir erwarten eine Antwort auf die folgenden Fragen im Rahmen einer öffentlichen Diskussion.

*Herr Brunner*, am 19. August taten Sie genau das, was vom seriösen Journalismus am meisten geächtet ist: Verbreitung von falschen Behauptungen mit anschließender Nicht-Veröffentlichung von Richtigstellung bzw. Leserbriefen, die Sie öffentlich demaskiert hätten. Der Zweck Ihrer Aktion ist klar: die BI und deren Vertreter zu diffamieren. Dagegen ist Ihr Motiv unklar: versuchen Sie den immer mehr in Bedrängnis geratenden Haarbacher Bürgermeister durch Verleumdung aus der Patsche zu helfen, weil Ihnen sachliche Gegenargumente fehlen? Oder fühlen Sie sich einfach zutiefst in Ihrer PNP-Ehre gekränkt, weil die BI Haarbach die Frechheit hatte, der PNP Informationen zu verweigern, die die PaWo längst bekommen hatte? Mit Spannung erwarten wir Ihre Antwort in einer der nächsten Ausgaben der PNP-Griesbach und das Nachplappern des Herrn Klotzek in der PNP-Vilshofen.

*Herr Bürgermeister, ist Ihnen klar, welche erschreckende Defizite Sie mit Ihrem Brief vom 1. August offenbaren?*

Gleich im ersten Satz: Sie gehen davon aus, es sei „sicher allen bekannt, dass Handys und auch schnurlose Telefone nur funktionieren, wenn das betroffene Gebiet mit den notwendigen Funkmasten ausgestattet ist.“

Nein, das ist uns nicht bekannt, denn was Sie da sagen, ist Pflugbeilscher Unsinn pur. Schnurlose Telefone sind am Festnetz angeschlossen und ermöglichen dank einer Mini-Basisstation, die sich im Haus oder in der Wohnung befindet, das kabellose Telefonieren in einem sehr begrenzten Umkreis. Nur in diesem Bereich strahlen die schnurlosen Telefone – wenn überhaupt. Schnurlose Telefone nach dem sogenannten CT1+-Standard strahlen so gut wie gar nicht, und vor allem nur während des Telefonierens! Schnurlose Telefone brauchen keine Masten oder Antennen, nur Handys machen den Antennenwald im ganzen Lande bzw. auf der ganzen Welt notwendig. Aber das alles muss ein Haarbacher Bürgermeister nicht unbedingt wissen.

*Warum setzen Sie sich so vehement für den Mobilfunk ein, während Sie so miserabel darüber informiert sind, Herr Bürgermeister?*

\*\*\*

*Herr Brunner, in Ihrem Beitrag vom 19. August, sprechen Sie von „Monatelangen Anfeindungen seitens der Mobilfunkgegner“, die den Bürgermeister zu seinem Rundschreiben zwangen.*

Herr Brunner, sollten Sie mit „Mobilfunkgegner“ die Mitglieder der Bürgerinitiative meinen, liegen Sie voll daneben. Kein Mitglied der BI will Mobilfunk und Handys verbannen.

Was Sie, Herr Brunner und Herr Bürgermeister, bewusst verschweigen, ist, dass jeder hier seit Jahren per Handy telefonieren kann. Es gibt keinen Mobilfunk-Notstand in Haarbach. Deshalb will die BI seit Monaten vom Bürgermeister erfahren, wo die Notwendigkeit liegt, dass immer mehr Anbieter ihre eigenen Antennen aufstellen. Betrachten Sie, Herr Brunner, eine solche Frage als „Anfeindung“? In Ihrem Rundschreiben, Herr Bürgermeister, werben Sie um weitere Antennen, um „im Wettbewerb von mehreren Anbietern ein kostengünstiges Telefonieren zu ermöglichen“. Etwa so kostengünstig wie Benzin? Denn es gibt genug Ölgesellschaften, die im Wettbewerb liegen, es aber immer wieder schaffen, ihre Preise vereint durchzudrücken (Urlaubszeit)!

*Herr Bürgermeister, Sie nennen keinen glaubhaften Vorteil für die Bürger durch zusätzliche Mobilfunkanbieter, setzen sich aber dafür ein. Warum?*

\*\*\*

### *Herr Bürgermeister, Lügen, weil Argumente fehlen?*

In Ihrem Flugblatt schreiben Sie auf Seite 3: „Außerdem muss noch einmal festgestellt werden, dass bei ca. 90 % aller Haushalte (auch in der Gemeinde Haarbach) entweder ein Handy (bei vielen Haushalten auch mehrere) oder ein schnurloses Telefon vorhanden ist. Diejenigen Bürger, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben, sollten sich auch im Klaren sein, dass bei dieser Forderung im Bürgerbegehren die komplette Gemeinde Haarbach ein funkwellenfreies Gebiet werden müsste und alle Handys und Funktelefone nutzlos würden.“

Herr Bürgermeister, ein Unsinn wird nicht dadurch richtiger, dass man ihn immer wieder wiederholt. Ob schnurlose Telefone (Festnetz!) in der Gemeinde Haarbach funktionieren bzw. strahlen oder nicht, entscheidet jeder Haushalt für sich. Auch wenn alle Mobilfunkmasten in der Welt abgebaut würden, wären die schnurlosen Telefone der Haarbacher Bürger weiterhin funktionsfähig.

Zudem ist das Telefonieren per Handy im Gemeindegebiet seit Jahren über D1 (Funknetz) problemlos möglich. Dazu war die Errichtung der E-Plus-Antennen auf der Schreinerei Griehl in Wies und auf dem Grundstück von Herrn Prostedter in Winkl vor wenigen Monaten bzw. Wochen nicht notwendig. Und auch wenn sie abgebaut würden, könnte man weiterhin mobil telefonieren. Die Umsetzung der Forderung im Bürgerbegehren würde höchstens dazu führen, dass Handys von E-Plus, Vodafone & Co. nicht überall funktionieren würden.

Beim Bürgerentscheid sollen die Haarbacher Bürger entscheiden, ob sie ihre Gesundheit riskieren wollen, damit sie nicht nur – so wie bisher – mit D1, sondern auch noch mit E-Plus, Vodafone, O2 usw. telefonieren können.

Herr Bürgermeister, mit Unwahrheiten versuchen Sie den Bürgern Angst davor zu machen, sie könnten morgen von der großen, mobilen Welt abgeschnitten werden. Ein solches Verhalten kann verschiedentlich beurteilt werden.

- Naive Menschen würden sagen, Sie sollten sich besser heraushalten, wenn sie von diesen Dingen nichts verstehen.
- Kinder würden darauf warten, dass Ihnen die Nase wächst.
- Böse Menschen würden Sie in den großen Topf der unfähigen Politiker werfen, die nicht einmal geschickt lügen können.
- Juristen würden dies gezielte Täuschung nennen.

*Herr Bürgermeister, ist dies der Auftrag, den die Wähler Ihnen bei der Wahl im März 2002 gegeben haben?*

\*\*\*

*Herr Bürgermeister, haben Sie die Tat selbst begangen oder „nur“ in Auftrag gegeben?*

Auf Seite 2 Ihres Rundschreibens geben Sie zu, im Januar 2003 von der Anfrage von E-Plus erfahren zu haben. Auf Seite 3 heißt es: „Eine umgehende Information der Bürger ist bisher geschehen und wird auch in Zukunft geschehen“. Nachweislich haben die Haarbacher Bürger erst am 8. Mai 2003 von den E-Plus-Plänen durch eine Pressemitteilung er-

fahren. Nennen Sie das „umgehend“? Danach verheimlichten Sie noch wochenlang den genauen Standort bzw. den Namen des Grundstücksbesitzers aus Datenschutzgründen und stellten damit das Interesse eines Einzelnen über das Gesundheitsinteresse so vieler Anderer!

A propos Grundstückbesitzer: Herr Bürgermeister, in Ihrem Rundschreiben bezeichnen Sie es als „bewusste Unwahrheit“, dass Sie „persönlich beim Grundstückseigentümer wegen der möglichen Aufstellung des Sendemastes vorgesprochen“ hätten. Herr Prostedter hat allerdings verschiedenen Personen gegenüber erzählt, Sie hätten ihm das Geschäft angetragen, bis es zuletzt hieß, Herr Klugseder hätte telefonisch angefragt. Herr Bürgermeister, Sie geben zu, aufgrund der Anfrage von E-Plus „mehrere Standorte“ vorgeschlagen zu haben. Das Grundstück von Herrn Prostedter war natürlich dabei, denn Sie nehmen an, „dass E-Plus die Standorte überprüft hat und anscheinend die Anhöhe in Winkl als die günstigste Lage befunden hat.“

Dass die Gemeindeverwaltung einen Standort vorschlägt, ohne mit dem Grundstücksbesitzer in Kontakt zu treten, werden Sie niemandem weismachen können.

*Herr Bürgermeister, wer von Ihnen, Sie oder Herr Klugseder, das Geschäft vermittelt hat, ist unwichtig. Was Sie hier versuchen, ist gelinde gesagt Wortklauberei.*

\*\*\*

*Herr Brunner, selbstständiges Denken tut nicht weh!*

Am 9. August zitiert die PNP den Grundstücksbesitzer Prostedter: Nach der Gemeinderatssitzung „bin ich so gschert angegriffen worden. Da habe ich mir gedacht jetzt erst recht und hab den Vertrag weggeschickt“. Sagt Herr Prostedter die Wahrheit, hieße dies, er hätte den Vertrag erst nach der Gemeinderatssitzung vom 6. Mai an E-Plus geschickt. Nach Angabe des Bürgermeisters im Flugblatt wurde der Gemeinde aber bereits „am 2. Mai 2003“ mitgeteilt, „dass mit einem Grundeigentümer auf der Anhöhe in Winkl ein Vertrag abgeschlossen worden war“...

Und noch was: wer hat denn den armen Herrn Prostedter „nach der Gemeinderatssitzung“ so gschert angegriffen? Die Riedertshamer sicher nicht, denn dank der Geheimpolitik der Gemeindeverwaltung, die „aus Datenschutzgründen“ den Namen des betroffenen Grundstücksbesitzers wochenlang verweigerte, erfuhren sie erst am 29. Mai von Herrn Prostedter selbst, dass er der zukünftige Antennenvater ist.

*Es stellt sich die Frage: Wann wurde der Vertrag geschlossen? Wer lügt? Der Bürgermeister oder Herr Prostedter?*

*Keine Frage ist dagegen, wer die Lüge – von wem auch immer – verbreitete: die PNP.*

\*\*\*

*Es war einmal ein ahnungsloser Bauer, der einen Vertrag unterschrieb...*

Nachdem Herr Prosteder mehrfach behauptet hatte, er würde aus dem Vertrag aussteigen, wenn er nur könnte, begab sich eine große Rathausdelegation zu seinem Hof und bot ihm eine juristische Beratung an (siehe PNP vom 28.6. bzw. 2.7.). Es sollte „eine Möglichkeit“ gefunden werden, „um aus dem Vertrag mit e-Plus heraus zu kommen“. Es ist ja bekannt, dass Mobilfunkbetreiber sehr oft rechtswidrige Verträge abschließen.

Was ist das Ergebnis dieser Beratung, Herr Bürgermeister, warum schweigen Sie darüber? Da wir an dem Ergebnis dieser Beratung keinen Zweifel haben, sondern uns sicher sind, dass Herr Prosteder aus juristischer Sicht aus dem Vertrag aussteigen könnte, bieten wir Ihnen eine Wette um 250 Euro an: dass nämlich Herr Prosteder leicht aus dem Vertrag aussteigen könnte, wenn er wollte. Widerlegen Sie unsere Behauptung, indem Sie die Expertise des beauftragten Anwalts offen legen! Mit Ihrem Schweigen unterstützen Sie das Märchen vom ahnungslosen Bauern, der in einen Vertrag hineinrutschte, aus dem er nicht mehr heraus kann...

*Oder war das Ganze nur Augenwischerei bzw. Verschwendung von Gemeindegeldern, weil Sie gar nicht wollen, dass Herr Prosteder aus dem Vertrag aussteigt?*

\*\*\*

*Herr Bürgermeister, ist Ihnen klar, dass Sie vor Ihren Aufgaben kapitulieren, bevor Sie sie angepackt haben?*

In Ihrem Flugblatt behaupten Sie auf Seite 1, eine Verhinderungspolitik von Sendemasten sei „auf Grund der derzeitigen gesetzlichen Lage überhaupt nicht möglich“. Herr Bürgermeister, wer von vornherein kapituliert, hat schon verloren.

Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an anderen Bürgermeistern, z.B. an dem von Gröbenzell bei München – diese Gemeinde fürchtete sich nicht, gegen den Freistaat Bayern zu klagen, der sie zur Aufstellung von Mobilfunkmasten verdonnern wollte... und sie hat sich durchgesetzt!

*Indem Sie eine Verhinderungspolitik von Sendemasten von vornherein ablehnen, schlagen Sie sich freiwillig auf die Seite der Mobilfunkbetreiber. Warum, Herr Bürgermeister?*

\*\*\*

*Herr Bürgermeister, muss Ihnen der Unterschied zwischen Zwangsbestrahlung und Trinken oder Rauchen nach freiem Willen erklärt werden?*

Sie vergleichen Birnen mit Äpfeln, nämlich die Zwangsbestrahlung durch Mobilfunkmasten rund um die Uhr mit dem Konsum von Alkohol oder Nikotin nach freiem Willen und behaupten anhand dieses Beispiels, dass es „nicht in der Kompetenz des Bürgermeisters“ liegt, „gesundheitliche Gefahren von Bürgern abzuwehren“. Andere Bürgermeister haben das Gegenteil längst erkannt, so zum Beispiel Ihr Parteifreund in Nußdorf am Inn.

So wie die Gemeinde Haarbach bekam die Gemeinde Nußdorf am Inn eine Anfrage eines Mobilfunkbetreibers. So wie in Haarbach ist das Mobiltelefonieren in Nußdorf am Inn problemlos. Von 15 Gemeinderäten waren aber 9, einschließlich Bürgermeister Oberauer, trotzdem dafür, weitere Masten errichten zu lassen. Wie kommt es unter solchen Voraussetzungen, dass Bürgermeister Oberauer am 4.6.03 in der Presse verkündet, er werde „den Gemeinderat und auch die Bevölkerung bitten“, für die Errichtung von Mobilfunkantennen „keinen Standort zur Verfügung zu stellen“, denn ihm „ist die Gesundheit der Bürger wichtig“? Nein, Herr Bürgermeister, Ihr Kollege Oberauer ist nicht auf den Kopf gefallen, er hat nur ein anderes Verständnis von seinem Amt als Sie. Er hat weder die Anfrage des Mobilfunkbetreibers geheim gehalten, noch dem Mobilfunkbetreiber bei der Standortsuche heimlich geholfen, sondern die Information an die Bevölkerung weitergegeben! Und als er den Widerstand in der Bevölkerung bemerkte, hat er ... umgedacht, so wie auch der gesamte Gemeinderat. Und daraufhin haben mehrere Bürger die Angebote des Mobilfunkbetreibers abgelehnt.

*Herr Bürgermeister, umdenken ist keine Schande, sondern ein Zeichen von Intelligenz.*

*Herr Bürgermeister, bleiben Sie der CSU treu! Nehmen Sie sich ein Beispiel an CSU-Bürgermeister Oberauer und nicht an Herrn Hallhuber, SPD-Bürgermeister von Ruhstorf a. d. Rott, der vor kurzem die Errichtung einer Mobilfunkantenne in einer Nacht-und-Nebel-Aktion tatenlos geschehen ließ.*

Bürgermeister Oberauer hat seine Gemeinde auch nicht hinter dem Rücken seiner Bürger als Mobikfunk-Pilotgemeinde verschachert. Wie kommt es, dass Haarbach bereits 2001 zusammen mit nur drei anderen Gemeinden im Landkreis Passau im „Mobilfunkpakt“ als „Pilotmaßnahme“ aufgeführt wird? „Am Anfang“ stand nämlich nicht „ein Brief von e-Plus im Januar“, wie Sie in der PNP vom 9.8.2003 behaupten, sondern Ihr Deal aus dem Jahre 2001.

*Herr Bürgermeister, welcher Teufel wenn nicht Sie hat diesen Pakt geschlossen und die entsprechende „freiwillige Vereinbarung über Pilotprojekte vom 20. Juli 2001“ unterschrieben?*

\*\*\*

*Herr Bürgermeister, was halten Sie eigentlich von einem freien Meinungsaustausch?*

Da Ihre Aktivitäten in Sachen Mobilfunk schnell dazu führen können, dass der gesamte Gemeindebereich mit Masten und Antennen überzogen wird, schaltete die Bürgerinitiative Haarbach eine kleine Anzeige im Haarbacher Gemeindeblatt, um auf Gefahren und Risiken zusätzlicher Masten und Antennen hinzuweisen. Erscheinungstermin war der 2. August. Zu diesem Zeitpunkt war das Haarbacher Gemeindeblatt auch gedruckt, die Bürgerinitiative hatte die Rechnung für die Anzeige bereits erhalten. Aber die Haarbacher Bürger mussten sich eine weitere Woche gedul-

den, um dann ein zensiertes Gemeindeblatt – ohne die Anzeige der BI – zu erhalten. Denn diese harmlose Bürgerinformation, die auch noch 50 € eingebracht hätte, war in Ihren Augen eine „Hetzkampagne“ (PNP, 19.8.03) bzw. ein „Angriff auf die Gemeinde“ (Aussage des Verlags). In der Anzeige war die Gemeinde nicht einmal erwähnt... Und wer zahlt das Einstampfen bzw. den Neudruck des Gemeindeblattes? Damit jeder Bürger sich ein Bild davon machen kann, wie ein Angriff auf die Gemeinde Haarbach bzw. eine Hetzkampagne aussieht, liegt die bewusste Anzeige diesem Schreiben bei.

*Herr Bürgermeister, in dieser Anzeige drückt die BI lediglich ihre Meinung bezüglich der Errichtung weiterer Mobilfunkantennen aus. Stört Sie diese Meinung so sehr, dass Sie nicht davor zurückschrecken, das Recht der BI auf freie Meinungsäußerung durch Zensur zu beschneiden?*

\*\*\*

*Herr Bürgermeister, wer zahlt all das?*

- Nutzlose anwaltliche Beratung für Herrn Prostedter
- Verteilen eines Flugblatts durch Gemeindebedienstete, das statt einer “Wahrheit entsprechende Darstellung“ Unsinn und Unwahrheiten verbreitet
- Neudruck des Gemeindeblatts

*Herr Bürgermeister, können Sie diese Ausgaben verantworten?*

\*\*\*

*Herr Brunner, in Ihrem Kommentar vom 19. August bezeichnen die o.g. geplante Anzeige der BI als Anzeige „mit beleidigendem Inhalt“, weil die Verwendung des Wortes „asozial“ eine „Beleidigung“ sei.*

Offenbar haben Sie, wie manch Anderer, Probleme mit der deutschen Sprache. Deshalb musste die Sprecherin der BI Haarbach Sie über die Bedeutung des Wortes aufklären, nämlich: „die menschliche Gemeinschaft schädigend“ (Fremdwörterbuch Wahrig) bzw. „gesellschaftsschädigend, gemeinschaftsfeindlich“ (Fremdwörterbuch Duden). Auf jemanden, der allein aus Geldgier bereit ist, seinen Nachbarn mögliche gesundheitliche und materielle Schäden zuzufügen, trifft diese Definition ganz genau zu. Und genauso auf jemanden, der dabei hilft.

*Herr Brunner, vielleicht sollten Sie Ihre Redaktion zur Anschaffung eines Fremdwörterbuches überreden, statt auf einer selbstgebastelte Interpretation herumzureiten und sich so als provinzieller Journalist zu disqualifizieren?*

\*\*\*

*Herr Brunner, Ihre weiteren Ausführungen im Beitrag vom 19. August offenbaren Ihren Hang zur Journaille.*

Wieder ein Fremdwort, das Sie nicht kennen? Lt. Duden ist Journaille eine „verantwortungslose, verleumderische Tagespresse“ bzw. „Journalisten, die Hetze betreiben, nur auf die Verbreitung verleumderischer u.ä. Meldungen aus sind“. So behaupten Sie, dass die Sprecherin der Bürgerinitiative die demokratischen Grundrechte „mit Füßen treten“ will bzw. einen „Angriff auf die Pressefreiheit“ verübt, und zwar, weil sie „alle Artikel über den Mobilfunkstreit vor Veröffentlichung gegenlesen“ will.

Tatsache ist, dass Sie, Herr Brunner, die Sprecherin der BI anriefen, weil Sie ein Exemplar der oben erwähnten, eingestampften Anzeige von uns haben wollten. Aber, da schau her, die Sprecherin der BI wollte nicht spüren, sondern hatte die Frechheit, vorab wissen zu wollen, was Sie damit anfangen wollten bzw. den von Ihnen geplanten Artikel darüber vorab lesen zu wollen! Aus gutem Grund – denn bis dahin war in der PNP Vilshofen und Griesbach der Bürgerprotest in Haarbach regelmäßig verfälscht wiedergegeben worden, so z.B. am 28.6., am 31.7. (Astrid Heering) oder am 9.8. (Marion Zauner). Dass ein Beitrag, der eine Person direkt betrifft, von dieser Person gegengelesen wird, ist ein üblicher Vorgang bei Journalisten, die ein Mindestmaß an Fairness einhalten. Genau das verlangte die Sprecherin der BI. So wird übrigens verfahren bei der PaWo und der Sonntagszeitung.

Dass kein Missverständnis, sondern gezielte Verleumdung vorliegt, ist eindeutig. Denn: hätten Sie's mit den Ohren und die Sprecherin der BI am Telefon missverstanden, hätten Sie wohl die Richtigstellung der BI bzw. einen der offenbar zahlreichen Leserbriefe abgedruckt, die Ihnen zu dieser Journaille zugegangen sind. Einige Leser haben der BI eine Kopie ihres wohl im PNP-Papierkorb gelandeten Briefes zukommen lassen.

- So wundert sich ein Haarbacher Unternehmer überhaupt nicht über die Zensur im Haarbacher Gemeindeblatt und beklagt „einen Missstand der Info-Vermittlung“, der „in der Gemeinde für aufgeweckte Bürger und vor allem interessierte Bürger offensichtlich ist“. Außerdem nennt er mehrere Beispiele für die fehlende „demokratische Einstellung“ der Haarbacher Gemeindevertreter.
- Ihnen persönlich, Herrn Brunner, wirft ein Ortenburger Bürger in seinem Brief u.a. vor, „eine objektive Berichterstattung nicht einmal im Ansatz nachweisen“ zu können. Und weiter: „Dabei wäre es eine der vordringlichsten Aufgaben der PNP, aufgrund der Monopolstellung in Niederbayern, den Lesern und Abonnenten neben Klatschberichten und teilweise volksverdummender Berichterstattung, aktuelle Themen, die in den einzelnen Lokalausgabegebieten anstehen aufzugreifen, diese gut zu recherchieren und Aussagen unverfälscht weiterzugeben. (...) Somit hat dies wenig mit dem beschworenen Angriff, geschweige denn Zensur, auf die Pressefreiheit zu tun, wenn eine Bürgerinitiative, die ja auf öffentliche Berichterstattung angewiesen ist, sich den Medien verschließt, sondern vielmehr damit, dass in diesem Fall die Vertrauensbasis aufgrund der einseitigen, interessensbezogenen Berichterstattung in der PNP absolut zerstört wurde.“
- Eine Haarbacher Bürgerin kommt auf eine ähnliche Schlussfolgerung: „Mit dem Bericht „Funkstille im Streit um Sendemast“ bzw. dem begleitenden Kommentar beweist die PNP, dass sie den Weg der wahrhaftigen Berichterstattung verlassen hat und offenbar nur noch bestrebt ist, als getreuer Helfer des Bürgermeisters Pflugbeil zu fungieren.“



Weder die Richtigstellung der BI, noch diese Leserbriefe wurden veröffentlicht. Zensur bei der PNP? Nie im Leben! Sowohl Sie Herr Brunner, als auch Ihr eifriger Papagei in Vilshofen, Herr Klotzek, haben nur von Ihrem Recht Gebrauch gemacht, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen. Wir werden sehen, was der Presserat dazu meint.

*Herr Brunner, durch Ihre Berichterstattung zum Thema Mobilfunk zählen Sie nun unwiderruflich zur Journaille. Warum tun Sie sich das an?*

\*\*\*

*Herr Bürgermeister, die Zeiten ändern sich!*

„Eine ganze Reihe von Bürgern habe sich inzwischen“ bei Ihnen, Herrn Bürgermeister, „dafür entschuldigt, sich in die Listen für das Bürgerbegehren gegen Mobilfunk in der Gemeinde eingetragen zu haben“, behaupten Sie in der PNP vom 19. August (Ausgabe Griesbach) bzw. 26. August (Ausgabe Vilshofen). Wenn auch diese „Rückrufaktion“ den Vertretern des Bürgerbegehrens nicht mitgeteilt wurde, können wir gerne glauben, dass mancher Bürger dem Druck nicht standhielt. So unglaublich es klingen mag, gibt es tatsächlich Menschen, die fürchten, „vom Bürgermeister nicht mehr begrüßt zu werden“ oder „Schwierigkeiten beim Bauantrag zu bekommen“.

Herr Bürgermeister, vielleicht gelingt es Ihnen auch diesmal, die Leute einzuschüchtern. Aber die Zeiten ändern sich, auch in Haarbach gibt es immer mehr selbstbewusste Bürger, die ihre Rechte kennen, sich nicht wie Kleinkinder behandeln lassen und auch wissen, dass eine Baugenehmigung nicht von Ihrem Wohlwollen, sondern von der Zulässigkeit des Antrags abhängt. Von Ihrem Wohlwollen hängen dagegen solche ungerechten bzw. unrechtmäßigen Gefälligkeiten ab, mit denen man Abhängigkeiten schafft und ausnutzt, um z.B. einen SPD-Gemeinderat leichter auf Linie zu bringen – aber, Herr Bürgermeister, auch das könnte sich ändern, vielleicht schneller als Sie glauben.

\*\*\*

*Lachen ...*

Der liebe Gott ist sehr besorgt, weil auf der Erde immer mehr gelogen wird. Er will wissen warum. Ein Engel soll herausfinden, wo und wann am meisten gelogen wird. So bastelt der Engel ein System, das bei jeder Lüge auf der Erde ein Glöckchen zum Läuten bringt. Gleich am ersten Tag, am späten Abend läuten plötzlich die Glocken wie verrückt.

Was ist los? Warum wird auf einmal so viel gelogen auf der Erde? fragt der liebe Gott.

Ach, sagt der Engel, in Passau wird gerade die PNP gedruckt.

*... und wählen nicht vergessen!*

Seit Jahren kann man in der Gemeinde Haarbach über dem D1-Netz problemlos mobil telefonieren. Die Umsetzung der Forderung im Bürgerbegehren würde daran nichts ändern.

*Beim Bürgerentscheid sollen die Haarbacher Bürger entscheiden, ob sie ihre Gesundheit riskieren wollen, damit sie nicht nur – so wie bisher – mit D1, sondern auch noch mit E-Plus, Vodafone, O2 usw. mobil telefonieren können.*

*Alle, die ihre Gesundheit nicht aufs Spiel setzen wollen und der Meinung sind, mit dem Festnetz und D1 ausreichend kommunizieren zu können,  
sollen das Bürgerbegehren unterstützen und  
am 19. Oktober auf dem Wahlzettel JA ankreuzen!*

V.i.S.d.P. Marie-Antoinette de Contes, Oberthambach 13, 94542 Haarbach